

Der erste „Runde Tisch“ stand 1989 in Warschau^[1]

Die ökonomische und politische Krise der Volksrepublik veranlasste General Jaruzelski, einen Ausweg mit Hilfe der von ihm 1981 unterdrückten Solidarnosc zu suchen. Das Ergebnis war der „Runde Tisch“, an den nun der General und sein Gegenspieler Lech Walesa Platz nahmen. Die Durchsetzung dieser paritätischen Verhandlungen war nach dem Danziger Abkommen vom 31.8.1980 der zweite Schritt, mit dem Solidarnosc die souveräne polnische Republik erkämpfte. Das Danziger Abkommen vom 31.8.1980 war der erste Schritt dieses Weges. Damals mussten die regierenden Kommunisten freie Gewerkschaften und Meinungsfreiheit in der Volksrepublik gewähren. 1980 ginge es um gesellschaftliche Selbstorganisation ohne die Macht der Kommunisten im Staat und das Bündnis der Volksrepublik mit der Sowjetunion infrage zu stellen. Das Kriegsrecht vom Dezember 1981 unterbrach den Prozess der Demokratisierung. Erst 1989 ging es um das Ende der kommunistischen Diktatur und die Souveränität Polens. Nach wochenlangen Verhandlungen zwischen dem 6. Februar und 5. April wurden die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen und folgende Vereinbarungen getroffen: Solidarnosc wird wieder zugelassen, die Polnisch Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) gibt ihren Anspruch auf das Machtmonopol auf, eine radikale Wahlrechtsreform führt freie Wahlen ein und die PVAP stimmt halbfreien Wahlen zum Sejm zu. Der Preis dieses historischen Kompromisses war für Solidarnosc zunächst die Garantie der Dominanz der Kommunisten im künftigen Sejm. 65% der Abgeordneten würden unabhängig vom Wahlergebnis der PVAP angehören. Die Wahl am 5. Juni wurde zum Triumph von Solidarnosc, die polnischen Kommunisten bekamen keinen einzigen zusätzlichen Sitz. Außenpolitisch wurde dieser Weg zur Demokratie abgesichert durch die Entscheidung des politischen Ausschusses des Warschauer Pakts, der am 7. Juli auch auf Drängen Polens die „Breschnew-Doktrin“ aufhob. Die sowjetische Führung akzeptierte mit ihrer Zustimmung die „freie Wahl des Weges“ in den sozialistischen Staaten. Polen und Ungarn beschritten ihn zuerst. Der „Runde Tisch“ in Warschau war somit ein erfolgreiches Instrument, um einen friedlicher Systemwechsel herbeizuführen. Das war die polnische Botschaft im Frühjahr 1989 an die „Bruderländer“.

Dieser Erfolg der polnischen Opposition hatte selbstverständlich auch ermutigende Auswirkungen auf den Organisationsprozess der unabhängigen Gruppen in der DDR.

Noch bevor in Polen gewählt wurde, fälschte die SED in der DDR die Kommunalwahlen am 29. März, wie es seit 1950 üblich war. Erstmals gab es öffentlichen Widerspruch gegen diese Praxis und der Protest gegen die Wahlmanipulation wurde zum Ausgangspunkt der Sammlung von oppositionellen Gruppen und Initiativen in der DDR.

Ein Kreis innerhalb der evangelischen Kirche, der sich im Herbst unter dem Namen „Demokratie Jetzt“ als politische Gruppe konstituieren sollte, forderte schon am 1. Juli in einem offenen Brief an „Christen und Nichtchristen“ eine Reform des Wahlrechts, geheime Wahlen und die Zulassung „unabhängiger Interessengemeinschaften“ zu den Wahlen. Inhaltlich war der Bezug auf das Vorgehen der polnischen Opposition unverkennbar, wird nur nicht direkt angesprochen. Das änderte sich im Oktober als diese Gruppe einen Volksentscheid über die Führungsrolle der SED in der DDR und eine Verfassungsreform forderte. Um eine neue Verfassung auszuarbeiten, verlangte „Demokratie Jetzt“ einen „Runden Tisch“ für die DDR. Das polnische Vorbild wurde nun offen herangezogen, um den Systemwechsel mit der SED auszuhandeln. Die friedliche Revolution in der DDR wurde im Herbst getragen von unzähligen „Montagsdemonstrationen“. Gestützt auf diese Massendemonstrationen hatten sich in der ganzen DDR „Runde Tische“ gebildet, die lokal und regional das Machtmonopol der SED außer Kraft setzten. Viele lokale Revolutionen liefen somit parallel und durch sie wurde der Herrschaftsapparat der SED zerbrochen. Damit wurde der zentralistische Einheitsstaat handlungsunfähig.

Die Besetzung der Bezirks- und Kreisdienststellen des MfS und damit der Ausschaltung der Geheimpolizei war in diesem Prozess von symbolischer Bedeutung. Die SED wurde somit auf allen Ebenen in der DDR gezwungen, mit den Bürgern, den Oppositionsgruppen und den neuen Parteien an „Runden Tischen“ gewaltlos kommunale und regionale Selbstorganisation zu verhandeln. Dem Warschauer „Runden Tisch“ entsprach der „Zentrale Runde Tisch“ in Ost-Berlin, der am 7. Dezember zusammentrat und von zwei Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche moderiert wurde. Die SED-Regierung akzeptierte damit die Kontrolle ihrer Politik durch die Opposition. Zwei seiner Entscheidungen waren von

besonderer Bedeutung für den Systemwechsel in der DDR: 1. die Auflösung der Geheimpolizei und 2. die Festsetzung freier Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990.

Die Zusammensetzung der „Runden Tische“ in der DDR war sehr unterschiedlich und folgte keinem einheitlichen Schema. Der Historiker dieser „Runden Tische“, Uwe Thaysen, schrieb über ihre Bedeutung: „Sie erwarben sich ein in der deutschen Geschichte wohl einmaliges Verdienst: Während etwa eines halben Jahres bewiesen Bürger an Runden Tischen ihre Fähigkeiten zu friedfertiger unmittelbarer Politik in überaus kritischer Lage. Dafür zahlten allerdings nicht nur die Alten Kräfte der die SED-Diktatur tragenden Kadernomenklatur, sondern auch die Neuen Kräfte der Freiheit fordernden Opposition ihren Preis. Er wurde - den Zeitzeugen zunächst weniger erkennbar, gleichwohl aber besonders nachhaltig - an den Runden Tischen entrichtet.“^{iii[2]}

Wie in Polen rettete die SED durch die Wahl dieses Weges ihre Existenz und bekam die Chance, sich zu reformieren. Das war ein Preis, der für den „Runden Tisch“ bezahlt wurde. Damit begann nach der Transformation der Diktatur in Deutschland der bis heute andauernde geschichtspolitische Streit über die Täter und die Opfer in der SED-Diktatur, der für alle postkommunistischen Staaten typisch ist.

Diese Feststellung wirft die Frage auf, ob der Herbst 1989 anders verlaufen wäre, wenn es eine solche Institution wie die „Runden Tische“ nicht gegeben hätte? Für die Akteure von damals sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite war die Antwort klar, auch in der DDR bestand das Risiko, dass die kommunistische Führung willens war das Machtmonopol der Partei mit Gewalt zu verteidigen. Eine Alternative zum „Runden Tisch“ war die Repression. Abgesehen von den historischen Beispielen 1953, 1956, 1968 und 1981 wurde am 4. Juni diese Alternative demonstriert. Einen Tag vor den polnischen Wahlen wurde in Peking die chinesische Demokratiebewegung blutig niedergeschlagen und die regierenden Kommunisten stellten mit Panzern „Ruhe und Ordnung“ wieder her. Das DDR-Fernsehen wiederholte nicht von ungefähr den Propagandafilm aus Peking über die „Niederschlagung der Konterrevolution“ mehrmals. Diese Bilder sollten in der DDR die oppositionellen Gruppen einschüchtern, die SED solidarisierte sich offen mit dem Vorgehen der chinesischen Kommunisten. Auch aus dieser Angst entsprang die Losung „Keine Gewalt“ mit der Montagsdemonstrationen im Herbst die „Runden Tische“ in der DDR durchsetzen.

Die Alternative zum „Runden Tisch“ waren 1989 Repression oder Anarchie. Der „Runde Tisch“ in Warschau und die halbfreien Wahlen zum Sejm vermieden beide Alternativen, die den Menschen nur Leid und Elend gebracht hätten. Polen schuf damit das Pilotprojekt für die friedliche Transformation der kommunistischen Diktaturen in den Ländern des sowjetischen Imperiums in parlamentarische Republiken im Herbst 1989.

^{i[1]} Der Artikel basiert auf einem Interview zum Thema "Runder Tisch" für die Krakauer Wochenzeitung "Tygodnik Powszechny"

^{iii[2]} Uwe Thaysen: Runder Tisch, in: Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke, Dorothee Wilms (Hg.): Lexikon wie die DDR-Sozialismus, 2 Bd., Paderborn 1997, Band 2, S. 673